

Staatsziel Kultur: Auch große Verhandlungsrunde soll sich einen Ruck geben

Deutscher Kulturrat appelliert an Koalitionäre, Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz im Koalitionsvertrag festzulegen

Berlin, den 08.10.2009. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass nach Medienberichten die schwarz-gelbe Koalition die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz in den Koalitionsvertrag aufnehmen will.

Die **FDP-Bundestagsfraktion** hatte bereits zu Beginn der 16. Wahlperiode einen Gesetzesentwurf zur Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz in den Deutschen Bundestag eingebracht. Dieser Gesetzesentwurf scheiterte im Juni dieses Jahres im Deutschen Bundestag.

Im Wahlkampf hat sich die FDP für die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz stark gemacht und zugesagt, sich hierfür in möglichen Koalitionsverhandlungen einzusetzen. Auch **Kulturstaatsminister Bernd Neumann, MdB (CDU)** hat stets betont, dass er die Verankerung des Staatsziels Kultur begrüßen würde.

Der Deutsche Kulturrat hat in seinen am 02.10.2009 veröffentlichten kulturpolitischen Mindestanforderungen an die neue Bundesregierung und den neuen Deutschen Bundestag die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz als eine wesentliche Forderung genannt.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: Wenn es der Arbeitsgruppe Kultur gelingt, die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz in der nun beginnenden 17. Wahlperiode im Koalitionsvertrag fest zu schreiben, wäre dies ein wichtiger erster kulturpolitischer Erfolg. Der Deutsche Kulturrat setzt sich bereits seit 2004 für die Verankerung des Staatsziels Kultur ein. Es gilt, neben dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen endlich auch den Schutz der geistigen Lebensgrundlagen im Grundgesetz zu verankern. Dass die schwarz-gelbe Koalition dem Vernehmen nach zugleich den Schutz der deutschen Sprache im Grundgesetz sichern will, ist nur zu begrüßen. Jetzt muss sich noch die große Koalitionsverhandlungsrunde einen Ruck geben und dem Vorschlag der Arbeitsgruppe Kultur zustimmen. Dann steht dem weiteren parlamentarischen Verfahren der Weg offen.